
113/AB XXIII. GP

Eingelangt am 25.01.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Gesundheit und Frauen

Anfragebeantwortung

Ich beantworte die an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 112/J der Abgeordneten Petra Bayr, Elisabeth Hlavac und GenossInnen** wie folgt:

Frage 1:

Der Anteil der aus dem Ausland stammenden Organe zum Zwecke der Organtransplantation schwankt und ist je nach Transplantationsart unterschiedlich. Im Jahr 2005 wurden beispielsweise 373 Nierentransplantationen auf Basis einer Leichenspende durchgeführt.

102 Organe kamen aus dem Ausland, 384 stammten von österreichischen Organspendern und 113 Organe gingen wieder in das Ausland zurück. Dies stellt sich für jede Organart unterschiedlich dar.

Detailinformationen können dem ÖBIG-Transplant Jahresbericht 2005 entnommen werden, der über die Homepage www.goeg.at abrufbar ist.

Frage 2:

Keines der transplantierten Organe stammt aus China.

Frage 3:

Im Bereich der Lebendspende wird mit dem Spender/der Spenderin persönlich gesprochen und die Zustimmung eingeholt. Im Bereich der Leichenspende werden alle Organe aus dem Ausland über Eurotransplant (Mitgliedsländer Belgien, Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Slowenien, Ungarn und Österreich) registriert und verteilt. Innerhalb von Eurotransplant ist das jeweilige Land dafür verantwortlich, entsprechend der betreffenden rechtlichen Bestimmung Widerspruch oder Zustimmung zu überprüfen.

Frage 4 bis 7:

Die Thematik ist unter österreichischer Beteiligung bereits seit längerem Gegenstand in internationalen Gremien wie WHO, EU und Europarat und wird gegenwärtig im Rahmen der Erstellung einer EU-Richtlinie zum Transplantationswesen behandelt. Seitens der WHO, der EU und des Europarates existieren internationale Dokumente, die dieses Thema mitbehandeln und allesamt Organhandel verbieten; in Europa gibt es also eine gemeinsame und auch rechtlich gestützte Auffassung zu dieser Problematik.

Bereits im Zuge einer Presskonferenz zum Abschluss des informellen EU-Gesundheitsministerrates unter österreichischer Ratspräsidentschaft im April 2006, an welchem auch der chinesische Gesundheitsminister Gao Qiang teilgenommen hat, wurde zu gegenständlicher Problematik Stellung bezogen.